



Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

-/-

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

-/-

Entschuldigt fehlen

Frau Anja Bartsch	CDU-Fraktion
Herr Reiner Blum	SPD-Fraktion
Herr Ulrich Kossiek	FDP

Verwaltung

Herr von Neumann-Cosel	Bauamt	(zu TOP 6, 7, 8, 15 und 18)
Frau Kavuk	Bauamt	(zu TOP 6)
Herr Klemme	Amt für Verkehr	(zu TOP 8 und 9)
Frau Wocken	Bauamt	(zu TOP 15 und 18)
Herr Daube	Bezirksamt Heepen	
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Lötzke	Bezirksamt Heepen	Schritfführer

Externe

Herr Winkler	Büro Enderweit u. Partner	(zu TOP 6)
Herr Bock	WEGE mbH	(zu TOP 8 und 18)
Herr Brück	Architekt	(zu TOP 15)
Herr Mädél	GEB Mädél Projekt- u. Immobilien GmbH	(zu TOP 15)
Frau Sell	GEB Mädél Projekt- u. Immobilien GmbH	(zu TOP 15)

## **Öffentliche Sitzung:**

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Bezirksbürgermeister Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt:

### **Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen**

#### *a) Verlängerung der Stadtbahnlinie 2 nach Milse-Ost*

Herr Meinhard Schroeder (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) stellt fest, dass bei der geplanten Verlängerung aus seiner Sicht eine Vielzahl von Variablen, wie z. B. fehlende konkrete Angaben zur Straßenüberquerung Milser Straße, zum erwarteten Lärmaufkommen, zur Sicherheit auf der Spielstraße entlang der Trasse, zur Parkplatzsituation am Buschbachweg etc., noch unbekannt seien. Er fragt, wie auf dieser unsicheren Basis überhaupt die derzeit propagierte Variante 2b politisch entschieden werden konnte.

Zum Thema Lärmschutz führt Herr Schroeder aus, dass laut verschiedener Veröffentlichungen in der lokalen Presse als auch aufgrund einiger Aussagen im Gutachten zur Stadtbahnverlängerung hinsichtlich der geplanten Lärmschutzmaßnahmen augenblicklich nur von einer „tiefer gelegten“ Trasse und vielleicht von einer schalldämmenden Gleisbettung gesprochen werde. Die tatsächliche Lärmbelästigung könne aus Sicht der Betroffenen jedoch simuliert werden. Er fragt, warum dies bislang nicht geschehen sei.

Weiter weist er darauf hin, dass nach heutiger Planung die Anwohner das Überschreiten von Grenzwerten nachweisen müssen und fragt, warum nicht gleich zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen in Betracht gezogen wurden und nicht mit entsprechend adäquaten Lärmschutzmaßnahmen geplant wurde. Es stelle sich in diesem Zusammenhang weiterhin die Frage, warum zu Lasten der Anwohner projektiert werde.

Herr Schroeder stellt darüber hinaus fest, dass die Parksituation am Buschbachweg derzeit schon prekär sei. Für ein Wohngebiet außerhalb des Stadtzentrums sei dies eine eh schon ungewöhnliche Situation. Mit der Endstation Milse Ost werde sich die Situation noch einmal massiv verschärfen. Nach den, den Anliegern vorliegenden Informationen wurde in einer Veranstaltung davon gesprochen, dass moBiel die Endhaltestelle Buschbachweg nicht bekannt machen wolle. Von einer Geheimstation im Rahmen des öffentlichen Nahverkehrs habe er noch nie gehört. Er fragt, welche Konzepte existieren, um die Parksituation zu entschärfen. Auch hier werde aus Sicht der Betroffenen zunächst ein Projekt zu Lasten der Anwohner realisiert und dann gegebenenfalls nachgebessert. Er fragt weiter, ob die geplante Strecke weitergeführt werden (z. B. nach Heepen) könne oder ob es sich um ein Sackgassenkonzept handle und dass, wenn es ein Sackgassenkonzept sei, es sich dann nicht eher anbiete, eine zukunftssträchtige Streckenführung entlang der Milser Straße zu planen. Dadurch würde dann

auch das offene Problem der Straßenüberquerung entfallen.

Bei der geplanten Trassenführung werde die charakteristische Bewaldung der geplanten Trassenführung zum Opfer fallen. In dem von moBiel beauftragten und den Betroffenen bekannten Gutachten werde zudem die Bewaldung am Buschbachweg dezidiert falsch dargestellt. Es werde die Aussage getroffen, dass der geplanten Trassenführung nur wenige Bäume zum Opfer fallen werden. Eine Quantifizierung finde nicht statt. Herr Schroeder fragt, warum keine Quantifizierung erfolge und stellt fest, dass die Betroffenen davon ausgehen, dass zumindest alle Bäume und Sträucher auf der einen Seite des Buschbachs der Trasse aus Platzgründen zum Opfer fallen. Er fragt, wie es sein könne, dass man einem eh nicht natürlich gewachsenen Wohngebiet auch noch diesen charakteristischen Grünstreifen entziehe und man wolle, dass das Wohngebiet mit allen zu erwartenden Konsequenzen zu einem Ghetto degeneriere.

Frau Hein (Einwohnerin des Stadtteils Altenhagen) weist darauf hin, dass sie in der Einwohnerfragestunde zur Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 04.02.2010 verschiedene Fragen zur Verlängerung der Stadtbahnlinie 2 nach Milse-Ost an die Bezirksvertretung gerichtet habe. Sie habe bis heute keine Antwort auf ihre Fragen erhalten. Sie fragt, wie mit ihren Fragen verfahren wurde.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung, den Sachverhalt zu prüfen und der Bezirksvertretung über das Ergebnis zu berichten.

Herr Daube erläutert, dass die von Frau Hein gestellten Fragen aufgrund des seinerzeit erreichten Planungsstandes noch nicht beantwortet werden konnten. Die Fragen wurden daher über das Amt für Verkehr der Stadt Bielefeld an den Planungsträger (moBiel GmbH) mit der Bitte um Berücksichtigung im weiteren Verfahren weitergeleitet. Eine schriftliche Antwort zu den gestellten Fragen war insofern aus Sicht der Verwaltung nicht erforderlich. Die Verwaltung werde den Sachverhalt jedoch prüfen und Frau Hein und die Bezirksvertretung entsprechend informieren.

#### *b) Schutz der Greifvögel in der Johannisbachaue („weiße Bänder“)*

Herr Prester (Einwohner des Stadtbezirks und Sprecher der Bürgerinitiative „Brake-Grafenheide und Johannisbachaue“) stellt fest, dass der Bezirksvertretung mitgeteilt wurde, dass die von der Bezirksvertretung beschlossene Ausstattung der Stacheldrahtweidezäune in der Johannisbachaue mit weißen Bändern umgesetzt wurde. Er habe jedoch festgestellt, dass lediglich an einem Weidezaun ein Band, das er eher als „Kordel“ bezeichnen würde, angebracht wurde. Nach seinen Recherchen sei diese jedoch nicht durch die Stadt Bielefeld, sondern von einem Reitverein angebracht worden. Er fragt, ob dieser Sachverhalt der Bezirksvertretung bekannt sei.

Herr Daube weist darauf hin, dass die Verwaltung diese Frage prüfen werde.

#### *c) Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik*

Frau Raschke (Einwohnerin des Stadtteils Baumheide) führt aus, dass die Beleuchtung in der Straße Hagenkamp auf LED-Technik umgerüstet wurde.

Die neuen Leuchten reichen ihres Erachtens nicht aus, um die Straße ausreichend auszuleuchten. Sie frage, ob dies mit der Verkehrssicherungspflicht der Stadt zu vereinbaren sei.

Herr Daube nimmt Bezug auf das für die Stadt Bielefeld aufgrund entsprechender EU-Richtlinien erarbeitete Beleuchtungskonzept und erläutert die dabei zu berücksichtigenden ökologischen Aspekte. Vor dem Hintergrund der von Frau Raschke aufgeworfenen Frage werde die Verwaltung prüfen, ob die in der Straße Hagenkamp vorhandene Beleuchtung allen zu berücksichtigenden Anforderungen entspreche.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung, die Bezirksvertretung und Frau Raschke über das Ergebnis zu unterrichten.

#### *d) Parksituation im Bereich des Buschbachweges*

Frau Hein (Einwohnerin des Stadtteils Altenhagen) verweist auf die angespannte Parkplatzsituation im Bereich des Buschbachweges und fragt, aus welchen Gründen im Bereich des Wendeplatzes ein absolutes Haltverbot angeordnet wurde, obwohl insgesamt zu wenige Parkmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher stellt fest, dass das Parken im Bereich eines Wendeplatzes grundsätzlich unzulässig sei und erläutert die zu berücksichtigenden Abhängigkeiten (Wendemöglichkeit für Müllfahrzeuge etc.).

Frau Hein führt aus, dass sie diese Argumentation nicht nachvollziehen könne, zumal in einer Parallelstraße auch ein entsprechender Wendepplatz vorhanden sei und hier sogar Parkbuchten markiert wurden. Sie kritisiert, dass in der letzten Woche auch in diesem Bereich ein Haltverbotsschild aufgestellt und bereits 2 Tage später vom Verkehrsüberwachungsdienst der Stadt kontrolliert und Verwarngelder ausgesprochen wurden.

Ein Anwohner zeigt für die angesprochenen Kontrollen Verständnis, da sich die im Wendebereich parkenden Fahrzeughalter widerrechtlich verhalten.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet darum, den zugrunde liegenden Sachverhalt zu prüfen und die Bezirksvertretung und Frau Hein über das Ergebnis zu informieren.

#### *e) Bauliche Entwicklung im Bereich der Pickertstraße*

Eine Bürgerin stellt fest, dass den Anliegern im Bereich der Pickertstraße bekannt geworden sei, dass bisher nicht bebaute Grundstücksflächen von einem Investor mit Bauabsichten erworben wurden und dieser bereits im Internet werbe. Sie fragt, ob dies zutrefte und wie der Sachstand sei.

Herr Daube bestätigt die Bauabsichten eines Investors. Die notwendige Unterrichtung der Bezirksvertretung sei jedoch noch nicht erfolgt. Auch ihm sei bekannt, dass der Investor bereits im Internet für die Maßnahme werbe. Hierauf könne die Stadt Bielefeld jedoch keinen Einfluss nehmen. Es sei vorgesehen, dass die Öffentlichkeit, nachdem das Projekt der Bezirksvertretung vorgestellt wurde, im üblichen Verfahren - in dem die Bürgerinnen und Bürger ihre

Bedenken und Anregungen äußern können - unterrichtet werde.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bestätigt, dass seitens der politischen Gremien bzw. der Stadtverwaltung einem Investor nicht untersagt werden könne, für ein Vorhaben zu werben. Eine Umsetzung sei jedoch nur auf der Grundlage entsprechender politischer Entscheidungen möglich.

*f) Bebauungsplangebiet „Fischerheide“ - Teilfläche C*

Frau Balke (Anliegerin der Straße Büscherweg) nimmt Bezug auf die unter TOP 6 vorgesehene Beratung zum Bebauungsplan „Fischerheide“ - Teilfläche C. Sie habe die Ausführungen der Verwaltung zu den bisher strittigen Punkten (Einbeziehung des Büscherweges, Verkehrssituation etc.) in der Nachtragsvorlage zur Kenntnis genommen. Sie stellt fest, dass die abgegebenen Stellungnahmen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger nicht berücksichtigen und übt nachhaltige Kritik an der Sichtweise der Verwaltung. Eine konkrete Frage stellt Frau Balke nicht.

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beratung des Sachverhaltes unter TOP 6 und schließt, nachdem keine weiteren Einwohnerfragen gestellt wurden, die Einwohnerfragestunde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 1 \*

--

**Zu Punkt 2**

**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 20. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 13.10.2011**

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass im Rahmen der Beratung der Schulorganisatorischen Maßnahmen im Grundschulbereich in den Stadtbezirken Mitte, Dornberg, Brackwede, Jöllenbeck, Schildesche und Heepen (vgl. TOP 14 der Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung am 13.10.2011) letztlich nur über den von der CDU-Fraktion formulierten Antrag abgestimmt wurde. Da diese Beschlussfassung die im Bereich der Grundschule Brake zu berücksichtigenden Rahmenbedingungen seines Erachtens nicht klar herausstelle, werde die SPD-Fraktion in einer der nächsten Sitzungen einen entsprechenden Antrag vorlegen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) sieht die Bedürfnisse der Grundschule Brake demgegenüber berücksichtigt und verweist in diesem Zusammenhang auf die den Beratungsverlauf wiedergebenden Ausführungen der Niederschrift im Kontext zum Beschlusstext.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 20. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 13.10.2011 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 2 \*

---

**Zu Punkt 3 Mitteilungen**

**I. Schriftliche Mitteilungen**

**3.1 Prüfung der Einrichtung einer Haltestelle "Kerksiekweg" in Brake auf der Nordseite der Braker Straße (vgl. BV Heepen - 07.07.2011 - TOP 5.4)**

Den Mitteilungen beigelegt ist die Stellungnahme des Amtes für Verkehr vom 21.10.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 3.1 \*

---

**3.2 Schließung des Schulgeländes der Wellbachschule und der Baumheideschule während der Schulferien**

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder eine Mitteilung des Amtes für Schule vom 20.10.2011 erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 3.2 \*

---

**3.3 Sanierung der Straßenbeleuchtung in der Straße Lintholz  
(vgl. BV Heepen - 15.09.2011 - TOP 3.19)**

Den Mitteilungen beigefügt ist die Stellungnahme des Amtes für Verkehr vom 07.10.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 3.3 \*

-.-.-

**3.4 Verkehrsprobleme im Bereich Sandbrink / Göppinger Straße  
(vgl. BV Heepen - 15.09.2011 - TOP 5.1)**

Den Mitteilungen beigefügt ist die Stellungnahme des Amtes für Verkehr (Straßenverkehrsbehörde) vom 18.10.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 3.4 \*

-.-.-

**3.5 Tempo 30 auf der Glückstädter Straße  
(vgl. u. a. BV Heepen - 18.11.2010 - TOP 5.1)**

Den Mitteilungen beigefügt ist die Stellungnahme des Amtes für Verkehr (Straßenverkehrsbehörde) vom 09.11.2011.

*Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die von der Straßenverkehrsbehörde abgegebene Stellungnahme die komplexen zu berücksichtigenden Abhängigkeiten seines Erachtens nachvollziehbar wiedergebe. Um die vorhandene Beschilderung auch der Öffentlichkeit nachvollziehbar zu erläutern, sollte die Stellungnahme seines Erachtens von der Presse aufgegriffen und an die Öffentlichkeit weitergegeben werden.*

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 3.5 \*

-.-.-

**3.6** **Verkehrssituation in der Grundstraße**  
**(vgl. u. a. BV Heepen - 05.05.2011 - TOP 1)**

Den Mitteilungen beigefügt ist die Stellungnahme des Amtes für Verkehr (Straßenverkehrsbehörde) vom 10.11.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 3.6 \*

---

**3.7** **Verkehrssituation Ziemannsweg in Brake**  
**(vgl. u. a. BV Heepen - 10.02.2011 - TOP 5.3)**

Den Mitteilungen beigefügt ist die Stellungnahme des Amtes für Verkehr (Straßenverkehrsbehörde) vom 09.11.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 3.7 \*

---

**3.8** **Schnitt- und Rodungsarbeiten im Stadtbezirk Heepen**

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder eine Mitteilung des Umweltbetriebes vom 09.11.2011 erhalten.

*Herr Stuke (SPD-Fraktion) vertritt die Auffassung, dass der Umweltbetrieb die Öffentlichkeit durch entsprechende Pressemitteilungen über die Schnitt- und Rodungsarbeiten informieren sollte, um zu erwartenden Rückfragen vorzugreifen.*

*Herr Daube erläutert, dass über die vorgesehenen Maßnahmen bereits in den Tageszeitungen berichtet wurde.*

*Bezirksbürgermeister Sternbacher sieht die Notwendigkeit, die Bürgerinnen und Bürger kurz vor Durchführung der Arbeiten nochmals zu unterrichten, da die Erfahrung zeige, dass die Öffentlichkeit entsprechende Arbeiten erst bei der konkreten Durchführung zur Kenntnis nehme.*

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 3.8 \*

-.-.-

**3.9**

### **Abrechnungen nach dem Baugesetzbuch (BauGB)**

Das Amt für Verkehr hat mitgeteilt, dass in Kürze die Abrechnung der Maßnahme „Kuckucksweg“ (Vollausbau Brückenstraße/Friedrich-Hagemann-Straße bis Buskehre bei Haus - Nr. 11) erfolgt. Der umlagefähige Aufwand beträgt nach Abzug bereits erbrachter Vorausleistungen 436.396,12 € (90 %).

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 3.9 \*

-.-.-

## **II. Mündliche Mitteilungen**

**3.10**

### **Neubau der L 712 n 4. Bauabschnitt und Ausbau der B 61 (Herforder Straße)**

Herr Daube verweist auf das zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Schreiben des Amtes für Verkehr an den Vorsitzenden der Bürgerinitiative „L 712 nicht so e.V.“, Herrn Blumenstock, vom 14.11.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 3.10 \*

-.-.-

**3.11**

### **Einrichtung von Schulsozialarbeit in Grundschulen**

Herr Daube verweist auf die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Mitteilung des Amtes für Schule vom 17.11.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 3.11 \*

---

### **3.12 Verkehrsbelastung der Evenhausener Straße**

Herr Daube nimmt Bezug auf die noch offene Beantwortung einer Einwohnerfrage zur Verkehrsbelastung der Evenhausener Straße. Er informiert darüber, dass zwischenzeitlich die Ergebnisse der zuletzt durchgeführten Verkehrszählung vorliegen und verweist auf das Schreiben des Bezirksamtes an den Fragesteller Herrn Meyer zu Stieghorst vom 18.11.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 3.12 \*

---

### **3.13 Ausbau des Regenrückhaltebeckens Stieghorster Bach / Oldentruper Bach: Anbindung der Baustraße an den geplanten Wanderweg**

Herr Daube informiert darüber, dass das Umweltamt die von der Geschichtsgruppe der AWO Oldentrup formulierte Anregung geprüft habe und verweist auf das zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Schreiben des Bezirksamtes an die Geschichtsgruppe der AWO Oldentrup vom 18.11.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 3.13 \*

---

### **3.14 LKW-Verkehr auf der Bröninghauser Straße**

Herr Daube nimmt Bezug auf die Eingabe von Herrn Wolfgang Hering vom 23.06.2011. Er informiert darüber, dass die Straßenverkehrsbehörde die in der Eingabe aufgeworfenen Fragen sehr sorgfältig geprüft habe und die umfangreiche Stellungnahme vom 17.11.2011 zu Sitzungsbeginn an alle

Bezirksvertretungsmitglieder verteilt wurde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 3.14 \*

-.-.-

### 3.15

#### **Städte für das Leben - Städte gegen die Todesstrafe**

Herr Daube nimmt Bezug auf den vom Rat der Stadt gefassten Beschluss. Die sich aus dem Ratsbeschluss ergebenden Veranstaltungen werden künftig im Wechsel von den Stadtbezirken durchgeführt. Die erste Veranstaltung wurde vom Stadtbezirk Brackwede organisiert. Er verweist auf die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Einladung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 3.15 \*

-.-.-

### 3.16

#### **Vernissage „Marion Arens: Zwischen den Polen - Bildnisse in Acryl und Öl“ am 07.12.2011**

Zu Sitzungsbeginn haben alle Bezirksvertretungsmitglieder die Einladung zur Vernissage am 07.12.2011 in der Galerie der Alten Vogtei erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 3.16 \*

-.-.-

### 3.17

#### **Ausbau des Angebotes an Urnenstelen auf dem Friedhof Altenhagen**

Herr Daube informiert darüber, dass der Umweltbetrieb aufgrund der hohen Nachfrage das Feld mit den Urnenstelen auf dem Friedhof Altenhagen erweitern werde. Auf dem vorhandenen Feld sollen 8 weitere Urnenstelen mit insgesamt 32 Urnenkammern aufgestellt werden. Mit dem Aufbau der

Urnenstelen sei Mitte Dezember zu rechnen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 3.17 \*

---

### **3.18 Parkprobleme im Bereich der Einmündung Rabenhof / Hagenkamp**

Herr Daube erläutert, dass es seit geraumer Zeit im Einmündungsbereich Rabenhof / Hagenkamp immer wieder zu Parkraumkonflikten zwischen den Anwohnern und den Besuchern der „Bielefelder Tafel“ und des jesidischen Gemeindezentrums gekommen sei. Vor diesem Hintergrund habe die Straßenverkehrsbehörde in Abstimmung mit der Polizei und dem Straßenbaulastträger angeordnet, im Einmündungsbereich entsprechende Sperrmarkierungen anzubringen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 3.18 \*

---

### **3.19 Lärmschutzwall östlich der Autobahn A 2**

Herr Daube informiert darüber, dass hinsichtlich der Umlegung eines Gewässers im Bereich des geplanten privaten Lärmschutzwalls östlich der A 2 ein Genehmigungsverfahren nach dem Landeswassergesetz eingeleitet wurde. Bei diesem Verfahren handle es sich um eine Voraussetzung für die weitere Planung des Vorhabens.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 3.19 \*

---

### **3.20 Brücke im Bereich der Mehlstraße im Stadtteil Milse**

Herr Daube informiert darüber, dass verschiedene PKW-Fahrer von der Polizei

beim Überfahren der Brücke verwarnt wurden, da das Gewicht ihrer Fahrzeuge das zulässige Gesamtgewicht für die Brücke überschreite. Die von den Kraftfahrzeughaltern erhobenen Einwände wurden überprüft. Dabei habe sich ergeben, dass die Statik der Brücke neu berechnet werden müsse, um konkrete Aussagen zur Traglast treffen zu können. Die Verwaltung werde die Bezirksvertretung informieren, sobald entsprechende Berechnungsergebnisse vorliegen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 3.20 \*

--:--

### 3.21

#### **Wanderpokalschießen der Schützengesellschaft**

Herr Daube verweist auf die per E-Mail an alle Bezirksvertretungsmitglieder übersandte Einladung der Schützengesellschaft. Es bestehe noch bis zum 26.11.2011 die Möglichkeit, am Wanderpokalschießen teilzunehmen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 3.21 \*

--:--

### Zu Punkt 4 **Anfragen**

#### Zu Punkt 4.1 **Wegebeziehungen im Stadtbezirk Heepen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3294/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage des Vertreters der Partei Die Linke:

*Frage:*

*Was ist die Gesamtlänge der Wegebeziehungen (Radwege, Fußwege, Wege im Grünen, Wanderwege, Feld- und Waldwege sowie sonstige Wege) im Stadtbezirk Heepen?*

*Zusatzfrage 1:*

*Auf welcher Länge davon ist Joggen möglich?*

*Zusatzfrage 2:**Auf welcher Länge davon ist eine Beleuchtung vorhanden?*

Herr Daube führt aus, dass das Amt für Verkehr mitgeteilt habe, dass im Rahmen des § 4 des Straßen- und Wegegesetzes Nordrhein-Westfalen vom Amt für Verkehr für Gemeindestraßen Straßenverzeichnisse als Bestandsverzeichnisse geführt werden. In diesen Verzeichnissen werden alle Straßen einschl. ihrer Zugehörigkeit zu einer Straßengruppe (z. B. Anliegerstraßen), der Widmungsinhalt, der Träger der Straßenbaulast, die etwa vorhandenen Ortsdurchfahrten sowie die Länge der Straßen einschl. der Rad- und Gehwege bezogen auf das gesamte Stadtgebiet erfasst. Die Frage nach der Gesamtlänge der Wegebeziehungen (Radwege, Fußwege, Wege im Grünen, Wanderwege, Feld- und Waldwege sowie sonstiger Wege) könne vom Amt für Verkehr auf den Stadtbezirk Heepen bezogen auf der Grundlage der eingangs beschriebenen Verzeichnisse nicht bzw. nur mit einem unverhältnismäßig hohen Personalaufwand beantwortet werden. Der Umweltbetrieb habe mitgeteilt, dass die Grünunterhaltung im Stadtbezirk Heepen insgesamt ca. 77.907 m<sup>2</sup> Wegefläche pflege und unterhalte. Davon seien ca. 5.220 m<sup>2</sup> wassergebundene Wegeflächen. Der Rest sei gepflastert bzw. anders befestigt. Grundsätzlich sei davon auszugehen, dass das Joggen auf allen Flächen möglich ist. Wege in Grünanlagen sowie Wanderwege seien grundsätzlich nicht beleuchtet. In einigen Grünanlagen seien jedoch die Hauptwege beleuchtet.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 4.1 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 4.2 Gefahrenstelle im Bereich des Kindergartens Brake, Rottsiek**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3298/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

*Unterhalb des Kindergartens Brake, Rottsiek, unmittelbar neben einem Waldpfad, der auch von spielenden Kindern genutzt wird, hat bereits im Frühjahr ein umgestürzter Baum in seinem Wurzelbereich ein Loch aufgerissen, aus dem sich möglicherweise ein Kind nicht selbst befreien kann, wenn es hineinfällt. Seitens des Umweltbetriebes wurde zugesagt, dass diese Fallgrube zugeschüttet werden soll.*

*Frage:*

*Wann wird das endlich passieren?*

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) informiert darüber, dass der Umweltbetrieb - offenbar aufgrund der Anfrage der SPD-Fraktion - das Loch zugeschüttet habe.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 4.2 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 5      Anträge**

### **Zu Punkt 5.1    Beleuchtete Laufstrecke am Obersee**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3235/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag des Vertreters der Partei Die Linke:

*Die Bezirksvertretung Heepen lehnt eine beleuchtete Laufstrecke am Obersee ab.*

Herr Schatschneider (Die Linke) nimmt Bezug auf die Initiative der Grüne-Ratsfraktion und die aktuelle Berichterstattung in den Bielefelder Tageszeitungen. Seines Erachtens sei die Initiative ohne Substanz und unausgereift. Es handele sich hier aus seiner Sicht um reine Klientel-Politik. Auch bestehe kein Bedarf an einer entsprechend ausgestatteten Laufstrecke, da es bereits eine ausreichende Anzahl an beleuchteten Wegen, die zum Joggen geeignet seien, gebe. Die Anlage einer beleuchteten Laufstrecke im Stadtteil Quelle habe darüber hinaus gezeigt, dass überhaupt kein entsprechender Bedarf bestehe. Weitere Argumente, die gegen die Anlage einer beleuchteten Laufstrecke sprechen, seien die hohen Herstellungs- und Folgekosten. Außerdem stelle sich ihm die Frage, ob es aus ökologischen Gründen (Artenschutz etc.) überhaupt sinnvoll sei, eine entsprechende Anlage zu errichten. Weiterhin kritisiere er nachdrücklich die beabsichtigte Finanzierung der Maßnahme aus Mitteln der Sportpauschale. Dies beeinflusse die Arbeit der Bielefelder Sportvereine und die Interessen aller hier organisierten Mitglieder und insbesondere die geleistete Jugendarbeit.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass das Thema in der Presse ausführlich diskutiert wurde. Die Aussage, dass eine entsprechende Laufstrecke aus Mitteln der Sportpauschale finanziert werden solle, sei falsch.

Dass entsprechende Mittel bisher nicht ausgezahlt wurden, sei nicht auf das angesprochene Projekt zurückzuführen. Zudem vertrete er vor dem Hintergrund des vom Sportausschuss formulierten Prüfauftrages die Auffassung, dass der zur Beratung vorliegende Antrag der Partei Die Linke zum jetzigen Zeitpunkt „Zur Unzeit“ gestellt werde. Die SPD-Fraktion vertrete die Auffassung, dass der vom Sportausschuss formulierte Prüfauftrag zunächst abgearbeitet werden müsse und werde dem Antrag daher nicht zustimmen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) distanziert sich von der von Herrn Schatschneider vorgetragenen - seines Erachtens populistischen - Begründung. Dennoch habe die CDU-Fraktion gegen die Anlage einer beleuchteten Laufstrecke am Obersee u. a. aus ökologischen und finanziellen Gründen erhebliche Bedenken und werde dem Antrag des Vertreters der Partei Die Linke vor diesem Hintergrund zustimmen.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) stellt fest, dass sie dem Projekt zwar persönlich skeptisch gegenüberstehe, der vom Schul- und Sportausschuss formulierte Prüfauftrag jedoch zunächst abgearbeitet werden sollte. Insofern schließe sich ihre Fraktion der Argumentation der SPD-Fraktion an.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**Die Bezirksvertretung Heepen lehnt eine beleuchtete Laufstrecke am Obersee ab.**

Dafür:	7 Stimmen
Dagegen:	6 Stimmen
Enthaltungen:	0 Stimmen

- mithin beschlossen -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 5.1 \*

---

## **Zu Punkt 5.2 Überwachung der Ampel des Oldentruper Kreuzes**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3310/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

*An der o. g. Kreuzung kommt es sehr häufig zu „Beinahe-Unfällen“, sei es mit Fußgängern, Radfahrern oder anderen Verkehrsteilnehmern, da sehr oft das Rotlicht für Fahrzeuge ignoriert wird (Abbiegespur links, bzw. rechts).*

*Die Verwaltung wird beauftragt diese Gefährdung durch eine geeignete Maßnahme zu reduzieren bzw. abzuschaffen (Ampelschaltungsänderung, „Blitzer“ o. ä.).*

Frau Grünewald (CDU-Fraktion) verweist auf die schriftliche Antragsbegründung und unterstreicht den aus ihrer Sicht bestehenden Handlungsbedarf. Auf Rückfrage von Herrn Daube erläutert sie, dass sich die beobachteten Probleme, insbesondere im Bereich der Abbiegespuren, aber auch im Geradeaus-Verkehr ergeben.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

**An der o. g. Kreuzung kommt es sehr häufig zu „Beinahe-Unfällen“, sei es mit Fußgängern, Radfahrern oder anderen Verkehrsteilnehmern, da sehr oft das Rotlicht für Fahrzeuge ignoriert wird (Abbiegespur links, bzw. rechts).**

**Die Verwaltung wird beauftragt, diese Gefährdung durch eine geeignete Maßnahme zu reduzieren bzw. abzuschaffen (Ampelschaltungsänderung, „Blitzer“ o. ä.).**

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 5.2 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 5.3 Optimierung der Ampelschaltung an der Kreuzung Oldentruper Straße / Striegauer Straße im Ortsteil Oldentrup**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3312/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

*Die Fußgängerampel an der Striegauer Straße zeigt gleichzeitig mit der Straßenampel an der Oldentruper Straße, Richtung stadteinwärts, grün. Die Fußgänger sind bei der Überquerung erheblich gefährdet durch Rechtsabbieger in die „Striegauer“, da der Überweg schlecht einsehbar ist.*

*Die Verwaltung wird beauftragt diese Gefährdung durch eine geeignete Maßnahme zu reduzieren bzw. abzuschaffen (Ampelschaltungsänderung).*

Frau Grünewald (CDU-Fraktion) beschreibt die örtliche Situation und die sich

daraus für die die Striegauer Straße querenden Fußgänger und Radfahrer ergebenden Gefahren.

Es ergeht folgender

### **B e s c h l u s s:**

Die Fußgängerampel an der Striegauer Straße zeigt gleichzeitig mit der Straßenampel an der Oldentruper Straße, Richtung stadteinwärts, grün. Die Fußgänger sind bei der Überquerung erheblich gefährdet durch Rechtsabbieger in die „Striegauer“, da der Überweg schlecht einsehbar ist.

Die Verwaltung wird beauftragt, diese Gefährdung durch eine geeignete Maßnahme zu reduzieren bzw. abzuschaffen (Ampelschaltungsänderung).

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 5.3 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 6**

### **Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/M8 "Fischerheide"** **Teilfläche C**

**für ein Gebiet- südlich der Herforder Straße, westlich der Heilbronner Straße, nördlich der Donauschwabenstraße und östlich der Straße Büscherweg, einschließlich des westlichen Stichweges in Richtung des schwarzen Weges (Flur 1, Gemarkung Milse) -Stadtbezirk Heepen-**

### **Entwurfsbeschluss**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2586/2009-2014

Drucksachenummer: 2586/2009-2014/1

Drucksachenummer: 2586/2009-2014/2

Drucksachenummer: 2586/2009-2014/3

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf die bisherige Beratung und bittet Frau Kavuk (Bauamt) und Herrn Winkler (Büro Enderweit & Partner) zu den im Rahmen der bisherigen Beratung von der Bezirksvertretung und den Bürgerinnen und Bürgern aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen.

Herr Winkler erläutert, dass vor dem Hintergrund der von Bezirksbürgermeister Sternbacher angesprochenen Fragen nochmals sehr sorgfältig die Frage der Notwendigkeit der Einbeziehung des Büscherweges in das Plangebiet, die Verkehrsproblematik im Bereich der Donauschwabenstraße und die Verträglichkeit der geplanten Wohnbebauung entlang der Heilbronner Straße

im Bezug auf ihre Höhenentwicklung geprüft wurde. Im Anschluss erläutert er die in der Nachtragsvorlage (Drucksache 2586/2009-2014/3) getroffenen Aussagen im Detail.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stellt unter Bezugnahme auf die bisherige Beratung fest, dass die von der Bezirksvertretung und den Bürgerinnen und Bürgern zu den von Herrn Winkler angesprochenen Punkten formulierten Fragen aus seiner Sicht nur unzureichend bzw. gar nicht gewürdigt wurden. Die in der Vorlage enthaltenen Fotos zur Parksituation in der Donauschwabenstraße geben die von verschiedenen Bezirksvertretungsmitgliedern aus eigener Erfahrung beschriebene Situation in keiner Weise wieder. Bereits heute sei in der Örtlichkeit ein erheblicher Parkdruck zu beobachten, obwohl sich auf der bereits bebauten Südseite der Donauschwabenstraße weniger Wohnhäuser befinden, als es zukünftig auf der Nordseite der Fall sein werde. Die Frage, warum der Büscherweg in das Plangebiet einbezogen werden müsse, sei aus seiner Sicht nicht überzeugend beantwortet worden. Es gebe darüber hinaus auch andere Möglichkeiten, die erschließungsrechtlichen Abhängigkeiten im Bereich Büscherweg zu regeln, zumal der endgültige Ausbau seines Erachtens in „weiter Ferne“ liege. Die in dieser Hinsicht bestehende Verwaltungsmeinung sei nachvollziehbar, dies gelte aber auch für die von den Anwohnerinnen und Anwohnern vertretende Auffassung. Auch die im Kontext zur Verträglichkeit der geplanten Wohnhausbebauung entlang der Heilbronner Straße im Bezug auf ihre Höhenentwicklung getroffenen Aussagen überzeugen aus seiner Sicht nicht. Die SPD-Fraktion lehne die Planung in dieser Form ab.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) schließt sich der von Herrn Wäschebach vertretenen Auffassung an. Die CDU-Fraktion spreche sich zwar grundsätzlich für die Bebauung des Plangebietes aus, könne jedoch der Planung in dieser Form nicht zustimmen. Es sei aus seiner Sicht insbesondere fraglich, ob die von Herrn Winkler beschriebenen Parkmöglichkeiten auf den Grundstücken die Verkehrssituation in der geforderten Weise verbessern. Die in die Nachtragsvorlage eingearbeitete Stellungnahme der Fachverwaltung zur Verkehrssituation widerspreche seinen eigenen Erfahrungen mit der Verkehrssituation in diesem Bereich deutlich.

Herr Schatschneider (Die Linke) schließt sich der von Herrn Wäschebach und Herrn Dr. Elsner vertretenen Auffassung an und kritisiert, dass der Bauträger offenbar - obwohl überhaupt noch kein rechtsverbindlicher Bebauungsplan existiere - bereits Grundstücke zum Kauf anbiete.

Herr von Neumann-Cosel (Bauamt) weist darauf hin, dass die von der Bezirksvertretung und den Bürgerinnen und Bürgern aufgeworfenen Fragen fachlich sorgfältig geprüft wurden. Im Ergebnis entsprechen die getroffenen Aussagen aus seiner Sicht den tatsächlich vorhandenen Rahmenbedingungen. An einem Plan erläutert er nochmals die hinsichtlich der Parksituation angestellten Überlegungen und stellt die Frage nach von der Bezirksvertretung gesehenen Alternativen.

Herr Wäschebach sieht die Möglichkeit, auf einem vorgesehenen Baugrundstück einen Quartiersparkplatz anzulegen.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rütter stellt bezogen auf alle noch offenen Fragenkomplexe fest, dass die von der Bezirksvertretung geäußerten Bedenken auch aus seiner Sicht nicht angemessen gewürdigt wurden.

Besonders im Hinblick auf die täglich zu beobachtende mehrfach in der Bezirksvertretung angesprochene unerfreuliche Verkehrssituation werden seitens der Verwaltung keine nachvollziehbaren Lösungen dargestellt. Seines Erachtens sei es dringend notwendig, im Plangebiet eine ausreichende Anzahl von Stellplätzen zu schaffen. Die Frage, wie bzw. wo diese Parkmöglichkeiten geschaffen werden können müsse die Verwaltung beantworten. In der dargestellten Form könne auch er der Planung nicht zustimmen, obwohl er der baulichen Entwicklung des Bereiches grundsätzlich positiv gegenüber stehe.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) stellt fest, dass die in der Vorlage zur Verkehrssituation getroffenen Aussagen und Fotos die verkehrliche Realität in der Donauschwabenstraße nicht widerspiegeln. Für sie sei es nicht nachvollziehbar, dass es offenbar nicht möglich sei, im Quartier ausreichenden Parkraum zu schaffen. Weiterhin sollte es ihres Erachtens möglich sein, die hinsichtlich des Büscherweges formulierten erschließungsrechtlichen Fragen auch ohne die Einbeziehung des Büscherweges in das Plangebiet zu lösen.

Frau Kavuk (Bauamt) vertritt die Auffassung, dass die Schaffung eines „Quartiersparkplatzes“ aus städtebaulicher Sicht nicht nachvollziehbar sei. Sie begründet ihre Auffassung im Rahmen eines Vergleiches der Parkraumsituation in der Innenstadt mit der Parkraumsituation des im Außenbereich gelegenen Plangebietes. Darüber hinaus unterstreicht sie die in der Nachtragsvorlage getroffenen Aussagen aus fachlicher Sicht.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die von den Bezirksvertretungsmitgliedern im bisherigen Verfahren geäußerten Bedenken zusammen und stellt fest, dass die Bezirksvertretung erwarte, dass die Verwaltung Lösungsansätze unterbreite, die diesen Fragen gerecht werden. Obwohl die Bezirksvertretung der baulichen Erschließung des Plangebietes grundsätzlich positiv gegenüber stehe, könne sie auf der Grundlage der von der Verwaltung zu den von der Bezirksvertretung formulierten Bedenken getroffenen Aussagen dieser Planung nicht zustimmen.

Herr von Neumann-Cosel sieht die Möglichkeit, den Büscherweg trotz der von der Fachverwaltung formulierten Bedenken aus dem Plangebiet heraus zu nehmen. Weiterhin fragt er, wie viele zusätzliche Stellplätze nach Auffassung der Bezirksvertretung zu schaffen seien. Darüber hinaus sieht er die Möglichkeit, die Traufhöhe der entlang der Heilbronner Straße geplanten Bebauung auf eine Höhe von 6,50 m zurück zu führen ohne die Festsetzungen hinsichtlich der zulässigen Anzahl der Geschosse zu verändern.

Herr Wäschebach zeigt sich über die von Herrn von Neumann-Cosel formulierten Lösungsmöglichkeiten überrascht. Hinsichtlich der Anzahl der Parkplätze sieht er die Notwendigkeit, dass die benötigte Anzahl von der Fachverwaltung errechnet werde.

Herr Dr. Elsner fordert, dass die Verwaltung die von Herrn von Neumann-Cosel angesprochenen Punkte in eine entsprechende Verwaltungsvorlage einarbeitet und diese der Bezirksvertretung zur Beratung vorlege. Es sei seines Erachtens nicht sinnvoll, die damit verbundenen Fragen unmittelbar in die Beratung im Stadtentwicklungsausschuss einfließen zu lassen.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung stimmen darin überein, die heutige Beratung als 3. Lesung zu betrachten und eine Entscheidung auf der Grundlage einer entsprechenden Verwaltungsvorlage in der Januar-Sitzung der Bezirksvertretung zu treffen.

- 3. Lesung -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 6 \*

-.-.-

Zu Punkt 7

**4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/ O 12 "Dingerdisser Straße - Neue Gewerbegebiete entlang der A 2" für das Gebiet nordwestlich der Straße Zu den Teichen, östlich des Ostrings und westlich der Ludwig-Erhard-Allee**  
**- Stadtbezirk Heepen -**

**Entwurfsbeschluss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3243/2009-2014

Frau Wocken (Bauamt) erläutert die Planung unter Bezugnahme auf die bisherige Beratung im Überblick.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) erinnert an die bereits mehrfach formulierte Forderung der Bezirksvertretung, den Fraktionen farbige Planunterlagen zur Verfügung zu stellen. Leider sei die Verwaltung diesem Wunsch erneut nicht nachgekommen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung, künftig jeder Fraktion und jedem Parteienvertreter eine farbige Ausfertigung der Planunterlagen zur Verfügung zu stellen.

Abschließend weisen Herrn Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) und Herr Wäschebach unter Bezugnahme auf die von der Geschichtsgruppe der AWO Oldentrup abgegebene Stellungnahme auf die Notwendigkeit hin, die vorhandene Wegebeziehung zu erhalten bzw. wieder herzustellen.

Es ergeht folgender

**B e s c h l u s s:**

1. Der Geltungsbereich des Plangebietes wird gegenüber dem Aufstellungsbeschluss vom 17.05.2011 im Westen um 1,50 m erweitert. Für die genaue Abgrenzung ist die Eintragung im Nutzungsplan im Maßstab 1:1.000 verbindlich.
2. Die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III / O 12 „Dingerdisser Straße - Neue Gewerbegebiete entlang der A 2“ wird für das Gebiet nordwestlich der Straße Zu den Teichen, östlich des Ostrings und westlich der Ludwig-Erhard-Allee mit dem Text und der Begründung als Entwurf beschlossen.
3. Der Bebauungsplanentwurf ist mit der Begründung gemäß § 3 (2) BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Ort und Dauer der Offenlegung sind gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich bekannt zu machen.
4. Gemäß § 4 (2) BauGB sind die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu dem Entwurf und der Begründung einzuholen.
5. Die Information der Verwaltung zur Anpassung des Flächennutzungsplanes im Wege der Berichtigung wird gemäß § 13a BauGB (Berichtigung Nr. 8 / 2011 „Gewerbliche Entwicklung westlich der Ludwig-Erhardt-Allee“) zur Kenntnis genommen.

- einstimmig beschlossen -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 7 \*

-.-.-

**Zu Punkt 8**

**Erweiterungsplanung des Postfrachtzentrums in Oldentrup:  
Sachstandsbericht**

Herr von Neumann-Cosel (Bauamt) berichtet über den Sachstand der Prüfung des Bauantrages. Die Post komme allen genehmigungsrechtlich relevanten Forderungen nach. Durch logistische Veränderungen auf dem Betriebsgelände werde der ruhende Verkehr, der z. Z. den Verkehrsfluss auf der Ludwig-Erhard-Allee zeitweise behindere, auf das Betriebsgelände verlagert. Dieser Effekt könne durch den beabsichtigten Ankauf einer an das Betriebsgelände angrenzenden zur Autobahn hin gelegenen städtischen Fläche noch verstärkt werden.

Herr Bock (WEGE mbH) informiert über den Sachstand der Gespräche mit der Post aus Sicht der WEGE mbH. Im Anschluss erläutert er an Hand eines Planes die heutige Struktur des Betriebsgeländes und die sich nach dem beabsichtigten Umbau ergebenden Betriebsabläufe. Er führt u. a. aus, dass das heutige Abfertigungsterminal auf dem Gelände nach Osten in Richtung Dingerdisser Straße verlegt werde. Dies habe den Vorteil, dass statt der bisher 2 Lastzüge künftig 12 Lastzüge auf das Betriebsgelände fahren können und nicht auf der Ludwig-Erhard-Allee auf ihre Einfahrt warten müssen. Hierzu werde u. a. der an der Dingerdisser Straße gelegene „künstliche Berg“ (Aushub aus der Bauphase) abgetragen, so dass in diesem Bereich Aufstellflächen entstehen können. Nachdem Herr Bock auf dem Lageplan weitere Veränderungen (neuer Standort der Wechselbrücken, Lage und Anzahl der Terminals etc.) erläutert hat, stellt er fest, dass die geplanten Veränderungen aus seiner Sicht insbesondere die heute zu bestimmten Tageszeiten angespannte Verkehrssituation im Bereich der Dingerdisser Straße entzerren bzw. vollständig beseitigen werde. Die baulichen Veränderungen führen darüber hinaus auch aus schallschutztechnischer Sicht zu Verbesserungen. Abschließend erläutert Herr Bock die wirtschaftliche Bedeutung des Postfrachtzentrums für den Standort Bielefeld im Überblick.

Bezirksbürgermeister Sternbacher stellt fest, dass es auch im Interesse der Bezirksvertretung liege, das Postfrachtzentrum am Standort zu erhalten.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) nimmt Bezug auf die bekannt schwierige Verkehrssituation im Stadtteil Oldentrup und fragt, ob der sich aus der Erweiterung ergebene zusätzliche Verkehr quantifizieren lasse.

Herr Klemme (Amt für Verkehr) führt aus, dass aktuelle Verkehrszählungen zu dem Ergebnis kommen, dass in der Zeit zwischen 17.00 und 20.00 Uhr ca. 79 LKW auf das Betriebsgelände einfahren. Die Post prognostiziere ein zusätzliches Verkehrsaufkommen von 20 %. Da die Fahrzeuge jedoch ausschließlich den Ostring auf dem Weg zur Autobahn nutzen, werde das Oldentruper Kreuz nicht zusätzlich belastet. Eine weitere Verbesserung könne sich darüber hinaus ergeben, wenn die Post eine vorhandene 2. Einfahrt an der Ludwig-Erhard-Allee nutzen würde, die jedoch aufgrund der aktuellen betrieblichen Abläufe z. Z. noch gesperrt sei.

Frau Grünwald (CDU-Fraktion) geht davon aus, dass die prognostizierte Zunahme des Verkehrs um 20 % auch das Oldentruper Kreuz zusätzlich belasten werde. Dies erhöhe hinsichtlich der Entwicklung eines Verkehrskonzeptes für den Stadtteil Oldentrup den Handlungsdruck.

Herr Bock erläutert, dass der überwiegende Teil der umzuschlagenden Sendungen von einem großen Unternehmen aus Gütersloh über die Autobahn A 2 angeliefert werde. Insofern werde sich die prognostizierte Zunahme des Verkehrs aus seiner Sicht kaum auf das Oldentruper Kreuz auswirken.

Herr Klemme ergänzt, dass das Amt für Verkehr in der Januar-Sitzung eine entsprechende Verwaltungsvorlage zur Beratung vorlegen werde. Im Anschluss erläutert er auf Rückfrage von Herrn Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) die verkehrlichen Abläufe auf dem Betriebsgelände.

Auf Rückfrage von Frau Grünwald erläutert Herr Bock, dass die Post beabsichtige, mit den Umbauarbeiten Anfang 2012 zu beginnen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher unterstreicht die Notwendigkeit, den Stadtteil Oldentrup nachhaltig verkehrlich zu entlasten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 8 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 9 Überregionale Straßenbauprojekte auf Bielefelder Stadtgebiet**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3236/2009-2014

Herr Klemme (Amt für Verkehr) erläutert die Informationsvorlage der Verwaltung im Überblick und geht dabei besonders auf die Auswirkungen des dargestellten Verfahrens im Hinblick auf den Weiterbau der L 712 n (Ostwestfalenstraße - 4. BA) ein.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) unterstreicht die Bedeutung, die der Weiterbau der L 712 n für die verkehrliche Entwicklung im Stadtbezirk Heepen und die damit verbundenen Straßenbauvorhaben (B 61 - Herforder Straße etc.) habe. Das Vorhaben müsse umgesetzt werden. Er hoffe, dass dies den Entscheidungsträgern bewusst sei.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) schließt sich der von Herrn Dr. Elsner vertretenen Auffassung an.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) stellt fest, dass sie diesen Handlungsbedarf nicht sehe.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 9 \*

-.-.-

## **Zu Punkt 10 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Herr Daube verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen allen Bezirksvertretungsmitgliedern übersandte tabellarische Übersicht.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

\* BV Heepen - 24.11.2011 - öffentlich - TOP 10 \*

---

---

---

Holm Sternbacher  
Bezirksbürgermeister

Herbert Lötze  
Schriftführer